



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

Französische Angebote an Deutschland.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

Der Fall Delcassés war nur ein blendender und kein nachhaltiger Erfolg der deutschen Diplomatie. Bloß in der Vorfrage, ob dem Berliner Kabinett bei der Entscheidung über Marokko eine Stimme gebühre, drang der Anspruch Deutschlands durch, über die Sache selbst war noch nichts ausgemacht. Nun aber ruft schon der Schein eines politischen Sieges die Eifersucht der anderen Kabinette wach, und sofort bildet sich ausdrücklich oder stillschweigend eine Verschwörung aller gegen den einen, um ihm den Erfolg zu entreißen.

*

Französische Angebote an Deutschland

Bülow, der am 6. Juni 1905 in den Fürstenstand erhoben wurde, sah sich durch das Errungene zum Fortschreiten auf seinem Wege bestimmt. Da die von Holstein empfohlene Methode sich bewährt hatte, war das Vertrauen des Kanzlers in ihn befestigt. Die marokkanischen Angelegenheiten wurden auch weiter von Holstein bearbeitet, sein Rat blieb maßgebend, wenn der Reichskanzler auch mitunter seinen Aberglauben dämpfen mußte. Bülow und sein Ratgeber waren der Ansicht, daß man den Franzosen bestimmt bedeuten müsse, Deutschland sei durch den Rücktritt Delcassés nicht zufriedengestellt, sondern fordere nach wie vor den Verzicht Frankreichs auf die Herrschaft über Marokko. Die deutsche Regierung ließ also Rouvier am 10. Juni durch den Botschafter Fürsten Radolin sagen: „Wir stehen hinter der Konferenz. Wenn sie nicht stattfindet, gilt der Status quo, und Sie müssen wissen, daß wir hinter Marokko stehen¹⁾.“ Aus dieser Erklärung ging hervor,

¹⁾ So nach dem französischen Selbstbuch Nr. 269, S. 232.

daß die Unabhängigkeit des Sultans das letzte Wort Deutschlands war. Um die deutsche Politik auf diesen Grundsatz festzulegen, war Kaiser Wilhelm vermocht worden, in Tanger zu erscheinen.

Schon Delcassé hatte versucht, der deutschen Regierung die französische Schutzherrschaft über Marokko mundgerecht zu machen. Diese Tatsache wurde 1911 durch eine Mitteilung des Staatssekretärs Riederlen-Wächter in der Budgetkommission des Reichstags bekannt, ohne daß von ihm ausgeführt worden ist, worin im einzelnen der Versuch Delcassés zu einer direkten Verhandlung bestand¹⁾. Dagegen liegen Angaben über die Vorschläge vor, welche die französische Regierung auf einem Umweg zur selben Zeit nach Berlin gelangen ließ. Zur Übermittlung wurde Luzzatti ausersehen, der wiederholt italienischer Schatzminister gewesen war, sich aber seit dem März 1905 nicht im Amte befand. Damals war noch Delcassé Minister, aber die Wahl Luzzattis, eines der hervorragendsten Nationalökonomien Italiens, läßt vermuten, dieser sei von Rouvier herangezogen worden. Der von dem italienischen Staatsmanne dem deutschen Botschafter Grafen Monts überantwortete Vorschlag bezweckte einen Ausgleich der Interessen der zwei Mächte. Darnach war der Großteil Marokkos dem französischen Einflusse überlassen, wobei aber, mit Rücksicht auf das persönliche Eingreifen Wilhelms II., die Souveränität des Maghzen formell aufs neue Anerkennung finden sollte; auf der anderen Seite wurde dem deutschen Reiche die Besiznahme zweier Häfen in Marokko, darunter Casablanca, freigestellt und die Aussicht auf Zugeständnisse im Kongogebiet eröffnet. Dieses Angebot wurde vom Grafen Monts mit einer warmen Empfehlung nach Berlin geleitet. Der Botschafter hielt dafür, mit der Zustimmung wäre ein doppelter Vorteil verbunden, die Ver-

¹⁾ In dem halbamtlichen Berichte über den Vortrag Riederlen-Wächters vor der Budgetkommission des Reichstages (11. November 1911) heißt es: „Im Jahre 1905, nach der Tangerreise des deutschen Kaisers, habe Delcassé einen Versuch einer direkten Verhandlung gemacht, der aber mangels positiver Vorschläge zu einem Ergebnis nicht geführt habe. Dann habe Rouvier wiederum auf offizlösem und auch offiziellem Wege dem Wunsche nach einer Verständigung Ausdruck gegeben. Damals sei zum erstenmal das Wort „Kongo“ gefallen. Von unserer Seite seien positive Vorschläge verlangt worden, ohne daß sie zu einem Ergebnis geführt haben. Inzwischen hatten wir uns auf den Standpunkt festgelegt, daß Änderungen in Marokko nur mit Zustimmung der Signatarmächte der Madrider Konferenz erfolgen könnten, um uns eventuell nicht zwischen zwei Stühle zu setzen. Daher habe Fürst Bülow nicht weiter auf die französischen Verständigungswünsche eingehen können, die niemals von positiven Vorschlägen begleitet gewesen seien.“

ständigung mit Frankreich wie eine schätzenswerte Erweiterung des deutschen Kolonialbesitzes in Afrika.

Die deutsche Regierung beharrte jedoch auf ihren Vorfähen und ging nicht auf die Unterhandlung ein. Die formelle Anerkennung des Sultans als Souverän, zu der Frankreich die Hand bot, würde nach der Ansicht Bülow's und Holsteins nichts an dem Eindrucke geändert haben, daß er preisgegeben werde und Deutschland sich auf seine Kosten vergrößern wolle. Auch die sich daraus ergebende Schwächung der persönlichen Autorität Kaiser Wilhelms wäre zu bedenken. Abriqens, so wandte man in Berlin ein, weshalb machte die französische Regierung den Umweg über Rom? War ihr Angebot etwa eine Falle? Vielleicht lockte sie das Berliner Kabinett nur heran, um feststellen zu können, daß die deutsche Regierung in Marokko so uneigennützig nicht war, wie sie sich gab. Wenn Deutschland sich auf Unterhandlungen einließ, so war, zu diesem Schlusse kam die deutsche Regierung, der Beweis geliefert, daß ihr an dem Sultan und seiner Souveränität so viel nicht lag. Das waren die Gründe der Ablehnung des Berliner Kabinetts, die aber nicht die Zustimmung des Grafen Monts fanden. Der Botschafter sah in dieser Schroffheit einen Mißgriff und wurde in seinem Urteil durch die nächsten Ereignisse bestärkt. Seitdem begann eine immer schärfere Entfremdung zwischen ihm und Bülow.

Sobald Rouvier das Ministerium des Auseren übernommen hatte, erneuerte er den Versuch. Für beide Mächte, so ließ er in Berlin vorstellen, sei es ratsam, sich noch vor dem Zusammentritte der Konferenz zu einigen, um diese Versammlung vor eine fertige Tatsache zu stellen. Er ging zwar auf den Konferenzgedanken ein, aber nicht bedingungslos; denn den durch den Vertrag mit England erworbenen Rechten Frankreichs wollte er nichts vergeben und sie auch Deutschland gegenüber zur Geltung bringen. Es war für Rouvier eine Lebensfrage, aus dem widrigen Handel mit Ehren herauszukommen. Er mußte seinem Lande den Beweis liefern, daß Delcassé nur geopfert worden war, um vom Berliner Kabinett bessere Bedingungen zu erhalten. Bei dieser seiner direkten Verhandlung mit Berlin verlangte Rouvier also für Frankreich in Marokko Ellbogenfreiheit, deutete aber an, er sei zu einer Entschädigung am Kongo bereit. Ob auch diesmal von ihm ein Stück Marokkos angeboten wurde, ist unbekannt; Staatssekretär Riderlen-Wächter wenigstens erwähnte davon nichts in den 1911 vor dem Reichstagsauschuß gemachten Mitteilungen. Die deutsche Re-

gierung verhielt sich Rouvier gegenüber zwar ebenso kühl wie früher, verlangte jedoch bestimmte Vorschläge, um sich entscheiden zu können. Da Rouvier jedoch seine Karten angesichts der sichtbaren Abneigung Deutschlands nicht aufdecken mochte, kam die Sache ins Stocken. Ließ man sich in Berlin auf nichts ein, so wollte er sich durch das Angebot von Gebietsteilen oder Vertragsrechten am Kongo nicht bloßstellen. Er befürchtete, wenn seine Bereitwilligkeit dazu in Frankreich bekannt wurde, die heftigsten Angriffe auf seine Geschäftsführung.

Die Idee eines Austauschens Marokkos gegen Gebiete am Kongo tauchte übrigens auch in der deutschen Diplomatie auf. Rühlmann, der in Abwesenheit des Grafen Tattenbach Geschäftsträger in Marokko war, besprach mit seinem französischen Kollegen, Grafen Cherisey, eine derartige Lösung. Wie oben erzählt wurde (Band I, Seite 65), hatte Frankreich von Leopold II. das Vorkaufsrecht auf den belgischen Kongo für den Fall erworben, daß der König sich jemals seines Besitzes würde entäußern wollen. Rühlmann faßte nun die Abtretung dieses Vorkaufsrechtes als Preis ins Auge, damit Deutschland den Franzosen in Marokko Platz mache, und Cherisey fand, die Sache lasse sich hören. Die zwei Diplomaten hatten keine Vollmacht von ihren Regierungen; Rühlmann aber brachte den Vorschlag selbst nach Berlin, um ihn dem Reichskanzler zu unterbreiten. Dieser ließ ihn an Holstein weisen, der alles anhörte, jedoch erwiderte, Deutschland müsse unbedingt auf der vollen Unabhängigkeit Marokkos bestehen. So war auch diese Möglichkeit einer Vereinbarung von der Hand gewiesen.

Als sich später herausstellte, das Berliner Kabinett hätte gut daran getan, auf den 1911 zuletzt doch geschlossenen Ausgleich schon sechs Jahre früher einzugehen, verantworteten sich die beteiligten Staatsmänner dahin, es sei von der französischen Regierung 1905 kein bestimmter Vorschlag auf direktem Wege gemacht worden; es wären immer nur Andeutungen gewesen oder Anträge durch dritte Hand, die aber für die französische Regierung nicht bindend waren. In diesen Erklärungen Bülow's, Riederlen-Wächters und anderer Diplomaten liegt eine gewisse Wahrheit, ohne daß sie den Sachverhalt erschöpfen. Rouvier trat an die deutsche Regierung allerdings nicht mit einem festen Programm heran. Indessen wird im diplomatischen wie im Geschäftsverkehr der bereitgehaltene Preis naturgemäß nicht genannt, wenn der andere Teil von vornherein erklärt, sich auf den Handel nicht einlassen zu wollen. Es war von Rouvier nicht zu verlangen, daß er seine Tasche ohne

weiteres ausleere. Es ist in solchen Fällen nicht üblich, gleich den vollen Preis zu nennen. Hätte man mit Rouvier gesprochen, so würde er entweder Stücke am Kongo oder von Marokko, vielleicht auch von beiden etwas, in Aussicht gestellt haben. Nur darin war die deutsche Regierung im Recht, daß sie annahm, ein deutsch-französischer Mitbesitz in Marokko würde zu fortwährenden Streitigkeiten führen. Anders standen die Dinge am Kongo. Hier waren Erwerbungen in jeder Hinsicht wünschenswert, denn in Südafrika konnte noch ein deutsches Kolonialreich geschaffen werden, sofern es gelang, Deutsch-Ostafrika und Südwestafrika über den belgischen Kongo hinweg zu einem Gebietsganzen zu vereinigen.

Indessen richtete sich 1905 der weltpolitische Plan, von dem die deutsche Regierung ausging, auf ganz andere Gebiete des Erdballs. Sie verfolgte schon damals das Ziel, die islamische Welt enge an Deutschland anzuschließen. Das war eine vielverheißende Idee, die von Kaiser Wilhelm 1899 zu Damaskus verkündet wurde; er versicherte damals die Bekenner des Islams seiner Freundschaft. Sorgsam war seitdem nach diesem Grundriß weiter gebaut und der Schienenweg nach Bagdad in Angriff genommen worden. Am Bosporus war der deutsche Botschafter Marschall der unermüdlige Förderer dieser Entwürfe. Von ihnen erfüllt, bestärkte Marschall 1905 den Reichskanzler, wie dieser in seinem Buche „Deutsche Politik“ berichtet, in seiner Absicht, den Sultan von Marokko zu unterstützen. Es würde auf die Bekenner des Islams, so schrieb der Botschafter, einen schlechten Eindruck machen, wenn man Marokko preisgäbe. Anderer Ansicht waren die Botschafter in Paris und Rom; sie rieten, sich auf Kosten des Maghzen mit Frankreich auszugleichen. Graf Monts führte auch ins Treffen, Italien sei kein zuverlässiger Bundesgenosse und werde bei einem Zusammenstoße mit Frankreich voraussichtlich abfallen. Doch umsonst; in Berlin schlug der von Marschall entwickelte Gedankengang durch. Dieser irrte jedoch in der Annahme, daß der Sultan in Stambul für den in Fez einstehe. Die Beherrscher Marokkos betrachteten sich als direkte Nachkommen der Tochter des Propheten aus der Ehe mit Ali und erkannten die Sprossen Osmans nicht als Kalifen an; Abdul Hamid nahm also keinen besonderen Anteil an dem Schicksal des Maghzen. Es war ein Fehler, seinethalben den Ausgleich über Marokko abzulehnen.

*